

Effiziente Energie für alle!

Steigende Energiepreise, die Einführung von Sozialtarifen für Geringverdiener und die Reduzierung der Ökosteuer, längere Laufzeiten für Atomkraftwerke, die Rückkehr zur Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer: Beim Thema Energiepolitik und soziale Gerechtigkeit lassen die Parteien in Deutschland derzeit ihrer Phantasie freien Lauf. Für den BUND gibt es nur einen vernünftigen Weg: Der Energieverbrauch muss sinken.

Der Autor
Prof. Hubert Weiger ist Vorsitzender des BUND.



Die Preise für Energie steigen: Öl, Gas, Strom, Benzin und Diesel werden teurer. Viele VerbraucherInnen stöhnen und haben Probleme, die höheren Preise zu bezahlen. Derzeit geistern allerlei denkbare Gegenmaßnahmen durch die Medien. Mal soll – geht es nach der FDP – die Öko- oder die Mehrwertsteuer runter. Die CDU will Atomkraftwerke länger laufen lassen und mit dem Zusatzprofit der Stromkonzerne angeblich den Bedürftigen helfen. Schließlich will die CSU die Pendlerpauschale wieder ab dem ersten Kilometer einführen. Umweltminister Gabriel und andere wiederum fordern sogenannte »Sozialtarife«. All diese Vorschläge haben eines gemeinsam: Sie sind ökologisch wie auch sozial unausgegoren und oft sogar kontraproduktiv.

Besonders perfide ist die Verbindung von steigenden Energiepreisen und längeren Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke. Hier wird mit den Sorgen einkommensschwacher Haushalte Stimmung für die gefährliche Atomkraft gemacht. Und wie glaubwürdig

sind Unternehmen, die uns für den Fall des Weiterbetriebs der Reaktoren günstigere Strompreise versprechen, nachdem diese seit Jahren ohne Unterlass steigen – obwohl all die Atomkraftwerke am Netz sind, die jetzt für Preisstabilität sorgen sollen?

Jeder Haushalt muss Energie sparen können

Das beste und nachhaltigste Mittel gegen die ständig steigenden Kosten ist: Energie sparen und Energie effizienter nutzen. Der BUND lehnt Vorschläge ab, über eine Senkung der Energiepreise den Verbrauch zu subventionieren oder einen bestimmten Verbrauch freizustellen. Der Grund: Wir werden in den nächsten Jahren mit weiteren Preiserhöhungen rechnen müssen. Auch wenn durch mehr Wettbewerb und sinkende Gewinne der Strom- und Gaskonzerne durchaus Raum für Preissenkungen besteht, werden die Preise insgesamt weiter steigen. Das Signal, das davon für Rohstoffe wie Öl, Kohle oder Gas ausgeht, ist richtig: Der Energieverbrauch muss insgesamt reduziert werden.

Es ist durchaus angemessen, dass staatliche Transferleistungen die steigenden Energiepreise berücksichtigen. Viel wichtiger aber ist: Alle müssen in die Lage versetzt werden, ihren Energieverbrauch zu mindern. Wem das schwerfällt, dem muss gezielt geholfen werden. Gerade Haushalten mit kleinem Einkommen fehlt oft das Geld für moderne Spartechnik. Die ist anfangs kostenaufwändig, rechnet sich aber nach wenigen Jahren. Es sollten gezielt Haushalte unterstützt werden, die keinen Zugang zur Energieberatung und zu technischen Alternativen haben. Dafür muss die Bundesregierung mehrere Hundert Millionen Euro im Jahr bereitstellen – was problemlos mit den Erlösen des CO₂-Emissionshandels finanziert werden kann.

Wer die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale fordert, verliert seine soziale und klimapolitische Glaubwürdigkeit. Denn von dieser profitieren »Besserverdienende« stärker als niedrige Lohngruppen. Die Ärmsten werden sogar völlig ausgeschlossen. Zugleich würden wir damit den Flächenverbrauch, die Zersiedlung und die Energieverschwendung weiter ankurbeln.

Der BUND schlägt stattdessen eine befristete Pendlerzulage für Geringverdiener analog zum Wohngeld vor. Langfristig hilft gegen hohe Spritpreise nur, weniger Sprit zu verbrauchen.